

# Rote Krähe

## GYSI KOMMT

Auch wenn er als neuer Steckenpferdritter in die Bütt steigen muss, wird Gregor Gysi für DIE LINKE. und andere Krefelder\*innen zur Verfügung stehen: am 14. Januar im Seidenweberhaus. Unsere Termine und News auf

Seite 3

## LEBEN IM LEERSTAND

Zuwenig Wohnraum für Normalsterbliche in Krefeld. Während das Establishment mehr Mittelstand anlocken will, stehen in Krefeld 7500 Wohnungen leer, die von den Krefelder\*innen dringend gebraucht würden.

Seite 7

## SCHMIERIG ...

Bunte Zebrastrifen animieren die Krefelder Politik direkt zur Strafanzeige, Hakenkreuze an Krefelds Wänden werden zur Dauerdekoration.

Seite 4

## HARTZ4 LIGHT

Die Bild nennt es „Hartz 4 auf dem Silbertablett“ – wir sagen, die Entscheidung des Verfassungsgerichts ist eine Farce. Jede Sanktion, die Menschen unter ihr Existenzminimum bringt, ist menschenverachtend und verfassungswidrig.

Seite 5

## KINDERARMUT

Auch unter OB Meyer hat sich an der Situation armer Kinder nicht viel in Krefeld geändert. DIE LINKE. möchte ein paar Maßnahmen durchsetzen. Es geht um mehr Freizeitangebote, kostenlose Kitas, kostenloses Essen und um kostenlose Lernmittel.

Seite 8

## STAATENLOSE KINDER

Juristisch läge es im Ermessen des Standesamt, ob sich Flüchtlinge, wenn sie keinen Reisepass haben, auch anders ausweisen könnten, zum Beispiel durch Zeugenaussagen. Nicht so in Krefeld.

Seite 6

## FROHES 2020

# WAS BLAHT UNS?

## DIE STADT BESCHWICHTIGT MIT HALBSEIDENEN KLIMASCHUTZ-MASSNAHMEN

Als DIE LINKE. Krefeld vor ein paar Wochen Vertreter\*innen von Fridays For Future zu Gast hatte, klangen sie enttäuscht über die nicht erkennbaren Bemühungen der Stadtverwaltung, das verabschiedete Klimaschutzkonzept auch umzusetzen. Aus den Fachbereichen der Stadt warte man vergebens auf Rückmeldungen, so Björna Althoff. Nun hat die Verwaltung einen 77-Punkte-Katalog zum Klimaschutz veröffentlicht. Die Verwaltung könne lediglich Anreize geben und Beratungsangebote, aber „der Großteil der Potenziale zur Senkung von energiebedingten CO2-Emissionen“ könne nicht unmittelbar von der Verwaltung beeinflusst werden, heißt es vom Büro, das mit dem Konzept beauftragt worden war. (WZ, 27.11.2019). Na wunderbar! Ob man zur Entschärfung des ausgerufenen Klimanotfalls etwas beitragen möchte, hängt nun vom good will der Krefelder Akteure ab und die Verwaltung zieht sich aus der Verantwortung. Möglicherweise will man sich vor allem nicht bei der Industrie unbeliebt machen, die für 48 % des Emissionsausstoßes verantwortlich ist. Als netter

Anreiz zum Energiesparen gibt die Stadt eine Broschüre heraus, in der sparsamere Haushaltsgeräte vorgeschlagen werden. Immerhin gilt angeblich für zukünftige Bauvorhaben: „Wer künftig in Krefeld eine Baugenehmigung erhalten möchte, soll sich an den fachlichen Standards zur Förderung von Klima angepasstem Bauen orientieren“, das bedeutet, Sicherung von Bäumen, Grün- und Freiflächen, Dächer, die für die Gewinnung von Solarenergie geeignet sind. Gefördert werden soll auch, dass Flächen entsiegelt werden und kleine Parks angelegt werden. Schön und gut. Im Widerspruch dazu steht, dass gerade in letzter Zeit große Flächen von der Politik und Verwaltung zur Versiegelung frei gegeben worden sind: Das Gewerbegebiet an der A44 vor Fischeln, das laut unabhängigem geologischen Gutachten ein Wasserschutz-Gebiet mit besonders fruchtbaren Böden ist, die Bebauung der Fläche Wiesenhof in Traar, gegen die es aus der Bevölkerung großen Protest gegeben hat. Auch im großen Widerspruch dazu steht, dass ein wichtiger Antrag des Krefelder BUND in der letzten

Weiter gehts auf Seite 2

## Fortsetzung von Seite 1

Ratssitzung abgelehnt wurde, der für jedes Bauvorhaben eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) vorsieht, besonders, wenn es sich im Industrieanlagen handelt, bei denen es immer wieder um gefährliche Stoffe und Abfälle geht.

Für weniger Autoverkehr wolle man den ÖPNV ausbauen, so die Verwaltung. Aus Sicht der Partei DIE LINKE. wäre eine der wirkungsvollsten Maßnahmen, ein 365-Euro-Ticket einzuführen, wie es Fridays for Future auch fordert. Mit diesem kann man mit einem Euro pro Tag (365 Euro pro Jahr) durch die ganze Stadt kommen. Dies wäre eine Lösung, die nicht nur ökologisch ist, sondern vor allem auch sozial!!! Selbstverständlich mit dem langfristigen Ziel, den ÖPNV gänzlich fahrscheinfrei zu machen. Natürlich müsse im Ticket auch enthalten sein, dass man auch sein Fahrrad in den Bussen und Bahnen mitnehmen kann, sagt David Adelman von Fridays For Future. Das sei besonders für Schüler\*innen ein ziemlich großer Kostenfaktor. Von solchen Plänen ist das Mobilitätskonzept, wie es zur Zeit von Politik und Verwaltung bearbeitet wird, noch weit entfernt.

Es lässt einen das Gefühl nicht los, dass es immer nur um Absichtserklärungen geht. Auf den Forderungskatalog von Fridays For Future folgt ein Klimaschutzkonzept der großen Fraktionen und jetzt folgt wieder ein „Katalog“ mit angeblich geplanten Maßnahmen durch die Verwaltung. Bei der Verabschiedung des Haushalts für 2020 wird sich zeigen, welchen „Ideen“ auch wirklich Budgets eingeräumt werden. Nur mit blühenden Vorgärten und sparsamen Staubsaugern kommen wir nicht weit.

## CHANGENGLEICHHEIT?

Die Arbeitslosigkeit ist in Krefeld mit 10 % doppelt so hoch wie in den umliegenden Kommunen. Das geht aus den neusten Zahlen vom September 2019 hervor. Auch die Jugendarbeitslosigkeit ist mit 5,1 % sogar mehr als doppelt so hoch wie in Viersen (2,1 %). Ganz besonders betrifft es aber Menschen mit Migrationshintergrund, bei denen ist die Arbeitslosigkeit dreimal so hoch, 75 % sind

ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Laut Arbeitsamt integrieren sich Flüchtlinge aber besser und nehmen eher jede Arbeit an. Dies hätte niemand gedacht und wird öffentlich kaum thematisiert. DIE LINKE. fordert mehr Förderung für Menschen mit Migrationshintergrund und eine Verbesserung der Ausbildungssituation.

## STOLPERSTEIN FÜR SPANIENKÄMPFER

Am 14. November wurden wieder fünf verfolgte und ermordete Krefelder Bürger\*innen Stolpersteine verlegt. Darunter auch für Jakob Lückner, 1912 geboren, der im Spanienkrieg gegen die faschistischen Militärs gekämpft hat. Die den kommunistischen Parteien nahestehenden Freiwilligen traten zu meist den seit Herbst 1936 aufgestellten Internationalen Brigaden bei, Jakob

Lückner wurde der XIV. Internationalen Brigade zugeteilt. Laut Werner Abel und Enrico Hilbert, den Autoren des Standardwerks „Sie werden nicht durchkommen“ über Deutsche an der Seite der Spanischen Republik, fiel Jakob Lückner am 18.02.1937 bei der Schlacht am Jarama während der Kämpfe um Morata de Tajuna. Der Stolperstein liegt nun an der Philadelphiastraße 128.

## MONTAGSLESUNGEN

**9. Dezember:** Carina Cavallo liest aus ihrem Kinderbuch „Riesengroß und doch so klein“ und ihre Gedichte „Das kleine Licht es traut sich nicht ...“ und „Selbstwert“

**16. Dezember:** Dr. Jennifer Morscheiser, Leiterin des Museums Burg Linn, liest aus „Der Pfau“ von Isabel Bogdan

**23. Dezember:** Familie Kaluza-Heyer liest aus „Radio Heimat“ von Frank Gosen

**30. Dezember:** Dr. Ulrich Opfermann liest aus „Der Eremit von Ruzdija Russo Sejdovi“

Montags 18:30-19:00 vor der  
Bücherei Am Marktplatz 5  
in Uerdingen

## JAHRESENDFEIER

DIE LINKE. Krefeld lädt ein zur Jahresabschlussfeier. (Nein, wir haben nichts gegen Weihnachten). Neben einem genossenschaftlichen Büffet, gibt es eine kleine Lesung aus dem Wintermärchen von Heinrich Heine, Singen mit dem Friedenschor und Schrottwichteln.

**13. Dezember, 19 Uhr im Parteibüro  
Alte Linner Straße 85 in Krefeld.**

# GREGOR IN DE BÜTT

## GYSI KOMMT NACH KREFELD

SORRY,  
FÄLLT LEIDER AUS!

ZU UNSERER GROSSEN FREUDE KOMMT GREGOR GYSI AM 14. JANUAR 2020 ALS AUFTAKT ZU UNSEREM WAHLKAMPFJAHR NACH KREFELD. DER LANGJÄHRIGE FRAKTIONS-VORSITZENDE IM BUNDESTAG WIRD ZU AKTUELLEN THEMEN ZU UNS SPRECHEN UND UNS FÜR EIN PAAR FRAGEN ZUR VERFÜGUNG STEHEN. IM ANSCHLUSS WIRD ER VOM SAAL OBENDRÜBER VOM NRW-MINISTER-PRÄSIDENT ARMIN LASCHET ZUM NÄRRISCHEN „STECKENPFERDRITTER“ ERNANNT. WÄHRENDEDESSEN GEHT BEI DER LINKEN DIE PARTY WEITER, MIT BÜFFET UND GESPRÄCHEN.

**GREGOR GYSI IM HEXAGON,  
SEIDENWEBERHAUS  
DIENSTAG, DER 14. JANUAR  
2020 UM 17 UHR  
EINLASS IST 16:30 UHR**



SCHMIERIG & SCHWIERIG

# RASSISMUS UND FASCHISMUS BEKÄMPFEN



Es ist nicht zu akzeptieren, dass rassistische und faschistische Schmierereien in einer Stadt wie Krefeld wochenlang oder sogar monatelang nicht entfernt werden. Es ist auch ein Problem, wenn der jüdische Gemeindevorsitzende dies bei der Mahnwache gegen Naziverbrechen am 8. November an der alten Synagoge überhaupt ansprechen muss: Seitens der Stadt hatte wochenlang niemand reagiert, obwohl er dies gemeldet habe. Dann habe er die Schmierereien selber übersprüht.

Es ist merkwürdig, dass der Oberbürgermeister der Stadt Krefeld, gleichzeitig Chef der Verwaltung, in seiner Rede darauf nicht reagiert hat und die dafür Verantwortlichen bei der Verwaltung genannt hat. Ansonsten hat er gut geredet und rassistische und faschistische Angriffe verurteilt. Rassismus und Faschismus kann man aber nicht nur mit schönen Reden bekämpfen. Es muss mehr geschehen, z.B. eine schnellere Reaktion seitens der Verwaltung. Bei der Entfernung von Hakenkreuzen lässt man sich lange Zeit oder sie werden gar nicht entfernt. Bei bunten Zebrastrifen für Frieden

aber, die man mit abwaschbaren Farben bemalt hat, reagiert man schnell und stellt Strafanzeige.

Frank Mayer sollte nicht nur in Schulen, sondern auch in der Verwaltung und in den städtischen Tochtergesellschaften Infoveranstaltungen des Flüchtlingsrates, des Bündnisses für Toleranz und Demokratie, Seebrücke und des Friedensbündnisses zu Themen wie Rassismus, Faschismus, Flucht und Fluchtursachen ermöglichen. Das friedliche Zusammenleben muss mehr gefördert werden. Darunter auch Veranstaltungen wie das Fest ohne Grenzen!

Menschenfeindliches, rassistisches und faschistisches Gedankengut und Angriffe müssen in jedem Bereich des Lebens bekämpft werden. Es ist auch sehr wichtig, darauf hinzuweisen, wer finanziell hinter den Neonazis steht.

**KV** Basri Cakir

Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. Krefeld

EIN KOMMENTAR

# HARTZ IV

## ALLE SANKTIONEN ABSCHAFFEN

Am 5. November hat das Bundesverfassungsgericht der harten Sanktionierung von ALG II-BezieherInnen einen Riegel vorgeschoben. Fortan darf nur noch höchstens 30 Prozent der Regelleistung gestrichen werden und dies auch nicht mehr pauschal für drei Monate.

Dies ist ein Fortschritt. Es schafft mehr Sicherheit für die Betroffenen. Es bleibt aber anzumerken, dass es schlicht skandalös ist, dass über fast 15 Jahre offenbar grundgesetzwidrig Langzeiterwerbslosen und ihren Familien das Existenzminimum oft bis auf Null gekürzt wurde. Not und Elend wurden dadurch nicht gemindert, sondern vervielfacht und wurden manches Mal unerträglich für die Betroffenen. Es ist erwiesen, dass die Kürzung der Leistung oft der Anfang einer Verschuldungsspirale, die Ursache von Wohnungslosigkeit, ja sogar der Auslöser von Selbstmorden war.

Das Behördenhandeln war (und ist) gegenüber den BezieherInnen von ALG II von Grausamkeit, Härte und Willkür geprägt, obwohl es sich um Menschen handelt, die Hilfe benötigen. In ihrer Notlage werden diese Menschen nicht nur allein gelassen,

sondern zusätzlich ausgehungert und ihres grundgesetzlich verankerten Rechts auf die freie Wahl des Berufs beraubt. Der Staat kann nicht wieder auf den Boden des Grundgesetzes zurückkehren, bevor Hartz IV abgeschafft wird.

### DESHALB FORDERT DIE LINKE. ALS ERSTEN SCHRITT DIE AUS- SETZUNG UND ABSCHAFFUNG ALLER SANKTIONEN.

Das Existenzminimum – ohnehin durch Rechenricks nicht wirklich existenzsichernd – darf unter keinen Umständen angetastet werden. Die Möglichkeit zur Arbeitsaufnahme muss durch individuelle Fördermaßnahmen verbessert werden.

Ein großer Teil der BezieherInnen von ALG II bezieht sogenannte „aufstockende Leistungen“, weil ihr Arbeitseinkommen nicht zum Leben reicht. Niedriglohn und Minijobs sind dabei Entwicklungen am Arbeitsmarkt, die durch die Hartz-Gesetze befördert wurden. Millionen Menschen wurden in schlecht bezahlte, deregulierte Arbeitsverhältnisse gepresst, politisch gewollt,

um einen Niedriglohnsektor aufzubauen. Damit muss auch Schluss sein!

Arbeit muss nicht nur zum Leben reichen, sondern auch eine auskömmliche Rente begründen. DIE LINKE. fordert daher einen Mindestlohn von 13 Euro pro Stunde und die Abschaffung deregulierter (Teilzeit-)Arbeit.

Die Würde von Erwerbstätigen, RentnerInnen und Erwerbslosen erfordert ein Maß an sozialer Sicherung, welches mit Armut in einem reichen Gemeinwesen nicht vereinbar ist. Deswegen muss Hartz IV durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung in Höhe von derzeit ca. 1100 Euro ersetzt werden. In gleicher Höhe muss auch allen alten Menschen eine Mindestrente gezahlt werden.

Nun, da nach dem Urteil aus Karlsruhe die Bundesregierung handeln muss, macht es doppelt Sinn, politischen Druck zu machen: Für einen Sozialstaat, der diesen Namen auch verdient!

**KV** Edith Bartelmus-Scholich  
Im Vorstand DIE LINKE.Krefeld



# „OHNE PASS KEIN SPASS“

## DUTZENDE STAATENLOSE KINDER IN KREFELD DURCH DAS VORGEHEN DES KREFELDER STANDESAMTES

„Ich habe mindestens sechs Mal erlebt, dass geflüchtete Eltern keine Geburtsurkunde für ihr in Krefeld neugeborenes Kind erhielten. Ein Beispiel: Obwohl eine beglaubigte Heiratsurkunde und Geburtsurkunden der Eltern vorlagen, wurde das Kind als nicht ehelich registriert und erhielt nur einen Geburtsregisterauszug. Denn das Standesamt erkennt nur den Reiseausweis aus dem Herkunftsland, hier Syrien, als alleinigen Identitäts-Nachweis an. Auch ID-Karten aus Syrien wurden nicht akzeptiert. Auf Nachfrage wurde uns in einem ziemlich rden Ton mitgeteilt, die Gesetzeslage wäre nun mal so. Wortwörtlich hieß es vom Leiter des Standesamtes: ‚Ohne Pass kein Spass!‘.“

Dieser Bericht einer ehrenamtlichen Flchtlingshelferin stellt leider keinen Einzelfall dar. Das Krefelder Standesamt hat aus vielen Neugeborenen staatenlose Kinder gemacht. Denn ihre Eltern sind in die Bundesrepublik geflohen, ohne alle Ausweise und Urkunden mitnehmen zu können.

Für in der BRD geborene Kinder von geflüchteten Eltern ohne gültigen Reisepass des Herkunftsstaates werden vom Krefelder Standesamt in der Regel keine Geburtsurkunden ausgestellt. Andere Dokumente wie Führerschein, Armee-Ausweis, ID-Karte werden nicht akzeptiert. Die Eltern erhalten statt der Geburtsurkunde Ersatzurkunden oder beglaubigte Auszüge aus dem Geburtenregister. In den Geburtenregister-Auszügen und Ersatzurkunden wird dann der Vermerk „Identität nicht geklärt“

eingetragen. Mit dieser Praxis schafft das Standesamt Krefeld dutzende staatenlose NeubürgerInnen, die Dunkelziffern dürfen deutlich höher sein, da viele Fälle gar nicht bekannt werden.

Keine Geburtsurkunde zu haben, bedeutet für die Kinder erhebliche Nachteile. Denn eine Geburtsurkunde wird gebraucht, um im weiteren Leben eine Staatsangehörigkeit und einen Pass zu erhalten, für die Beantragung von Ausbildungszulagen, um später zu heiraten oder eine Familie zu gründen oder Bankgeschäfte zu erledigen.

### DER KREFELDER FLÜCHTLINGS-RAT FORDERT VERBESSERUNG

Für Flüchtlinge und Asylbewerber ist die Beschaffung des nationalstaatlichen Passes oft nicht möglich, da diese nicht in die Heimat reisen dürfen, weil sie dort eben verfolgt werden. Ebenso wenig können Flüchtlinge die Botschaft ihres Herkunftsstaates besuchen, sie verlieren sonst ihren Status als Asylbewerber (§72 Abs. 1 Nr. 1 AsylG). Der Flüchtlingsrat fordert daher eine humanere Praxis des Krefelder Standesamtes.

Um zu verhindern, dass das Ausstellen einer Geburtsurkunde unverhältnismäßig oft abgelehnt wird, sollte das Standesamt bei jedem neuen Antrag auf eine Geburtsurkunde für ein in Deutschland geborenes Kind diese Situationen berücksichtigen. Die Identität der ausländischen Eltern sollte individuell geprüft und anhand anderer vorhandener Dokumente ermittelt werden

können. Das Standesamt hat die gesetzliche Möglichkeit, dies zu tun. Die Behörde kann ihr Ermessen nach §9 des Personenstandsgesetz ausüben, sie MUSS nicht auf den Reisepässen bestehen.

Das Ermessen nicht im Sinne der Neugeborenen auszulegen, verstößt gegen die UN-Kinderrechtskonvention. Mit der uneingeschränkten Ratifizierung dieser UN-Konvention (2010) hatte sich die Bundesrepublik dem Kindeswohl eindeutig verpflichtet. 2014 hat sich die BRD vor den UN dazu bekannt, dass jedes in Deutschland geborene Kind eine Geburtsurkunde erhalten soll.

### DIE LINKE. RATSFRAKTION KREFELD REAGIERT

Wir schließen uns der Forderung des Flüchtlingsrates an. Daher haben wir bei der Sitzung des Integrationsrates am 27.11.2019 den Antrag gestellt, das Standesamt solle aufgefordert werden, sein Ermessen für die Flüchtlinge, bzw. für ihre Kinder anzuwenden. Der Antrag wurde einstimmig angenommen, zur nächsten Sitzung wird ein/e Vertreter\*in des Standesamtes eingeladen. Im Frühjahr 2020 werden wir das Thema auch in den Krefelder Stadtrat bringen.

**RF** **Stephan Hagemes**  
Ratsherr DIE LINKE. Ratsfraktion Krefeld

# LEERSTAND MIT LEBEN FLLEN!



### Nach einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung fehlen in Krefeld 14.000 bezahlbare Wohnungen für Menschen mit geringen Einkommen.<sup>1</sup>

Allein die mehr als 34.000 Menschen, die 2018 in Krefeld „Mindestsicherungsleistungen“ nach SGB II (82%), SGB XII (14%) und Asylbewerberleistungsgesetz (4%) erhalten haben, müssen ihnen „zustehend“ große Wohnungen und diese zu „angemessenen“ Mieten finden.“ In den letzten fünf Jahren sind die Mieten in Krefeld um 17% gestiegen. Krefeld so teuer wie München? Alles relativ. Die Bewohner beider Städte müssen im Mittel 28,3% ihres Haushaltseinkommens für die Miete aufbringen<sup>2</sup> Krefeld ist arm! 47% aller Krefelder Haushalte haben eine Mietbelastung von 30% des Einkommens oder mehr. Sozialwissenschaftler und Immobilienexperten sehen 30% des verfügbaren Einkommens als Obergrenze für Mietzahlungen an. In Krefeld stehen geschtzt 7.000 Wohnungen leer<sup>3</sup>. Besonders im Bereich der Innenstadt ist das leicht zu erkennen. Nach Auskunft des Eigentmerverbandes Haus und Grund sind für Kernsanierungen dieser Wohnun-

gen ca. 1.000 € je qm notwendig. Neubau kostet 2.000,00 € bis 3.000,00 € je qm.

Nach § 5 des Wohnungsaufsichtsgesetzes des Landes NRW ist Wohnraum vom Verfügungsberechtigten so auszugestalten, zu erhalten und wiederherzustellen, dass der ordnungsgemäße Gebrauch zu Wohnzwecken gewährleistet ist. Unttige Hauseigentümer müssen zum Handeln oder zum Verkauf vorrangig an die Stadt gezwungen werden können. Ersatzvornahme oder auch Enteignungen dürfen kein Tabu sein. Leerstehende Gebäude sind also auch Ausdruck politischen Versagens. Sie müssen belebt werden. Das Sozialbndnis Krefeld fordert ein Leerstandskataster und die energische Beseitigung der Leerstände.

Die Zahl der Sozialwohnungen sinkt überall weiter, die Mieten steigen schneller als die Löhne und die Inflationsrate. Die Gewinne der Immobilienkonzerne steigen entsprechend mit; bei der LEG z.B. in 2018 um 7,9%<sup>4</sup>, im ersten Halbjahr 2019 um 9,3%.<sup>5</sup> Die Stadt Krefeld spricht von einem zusätzlichen Bedarf von ca. 6 - 7.000 Wohnungen für Krefeld bis Ende 2020. Gebaut wird aber

viel zu wenig; in 2016 z.B. nur 240 Wohneinheiten.<sup>6</sup> Bei Neubauten müssen auch in Krefeld soziale und ökologische Kriterien berücksichtigt werden. Krefeld braucht vorrangig bezahlbaren Wohnraum für Familien und Alleinstehende stadtnah bzw. in der Innenstadt statt Einfamilienhäuser am Stadtrand zu Lasten ökologisch wertvoller Flächen und Frischluftschneisen.

Dieser Gastartikel ist das Ergebnis eines eineinhalbjährigen Diskussionsprozesses im AK Wohnen im Sozialbndnis Krefeld.

**G** **Sozialbndnis Krefeld**

<sup>1</sup> Nr. 063, April 2018 [https://www.boeckler.de/pdf/p\\_foe\\_WP\\_063\\_2018.pdf](https://www.boeckler.de/pdf/p_foe_WP_063_2018.pdf)  
<sup>2</sup> RP 30.3.19  
<sup>3</sup> WZ 11.10.18 laut Wohnungsmarkt-Report NRW der LEG  
<sup>4</sup> WZ 11.3.19  
<sup>5</sup> RP 30.3.19  
<sup>6</sup> WZ 10.8.19  
<sup>6</sup> WZ 19.7.19

# MEHR FÜR KIDS

## MEHR FÖRDERUNG FÜR KINDER UND JUGENDLICHE

Kinder und Jugendliche in Krefeld müssen mehr gefördert werden. Hohe Arbeitslosigkeit und Armut in Krefeld treffen in erster Linie Kinder und Jugendliche: 7500 Kinder unter 15 Jahren sind auf finanzielle Unterstützung angewiesen, das ist jedes vierte Kind in Krefeld. Auch aus diesem Grund sollte man für Kinder mehr tun.

Kitas müssen gebührenfrei sein, es muss mehr offene Ganztagsangebote geben, Elternbeiträge, sowie Elternteile für Lernmittel in Schulen müssen abgeschafft werden. Es muss vollständige Lehr- und Lernmittelfreiheit geben.

Es reicht aber nicht, diese Kinder nur finanziell zu unterstützen, da sie weniger Möglichkeiten haben, sich zu entwickeln. Es muss mehr geschehen: Mehr Abenteuer- und Naturspielplätze, der Mobifant muss ausgebaut werden, mehr Personal und Spielzeuge, damit Mobifant möglichst viele Stadtteile erreichen kann. Es müssen inklusive und integrative Spiel- und Spaßgruppen gebildet werden. Dazu muss Personal eingestellt werden, das solche Gruppen in Jugend- und Familienzentren betreuen kann. Es fehlen auch Sportvereine, die integrative und inklusive Sportgruppen bilden. Dazu muss es auch im Bereich Sport Förderungen geben. In allen Kitas müssen integrative Gruppen gebildet werden, da in diesem Bereich großer Bedarf besteht.

In Kürze: Wir brauchen mehr Unterstützung für Kinder und Jugendliche hier in Krefeld. DIE LINKE. hat dazu und in anderen Bereichen entsprechende Anträge gestellt. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Ratsmehrheit entscheidet.

**RF** Basri Cakir  
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. Krefeld

**KOSTENLOSE  
KITAS**

**KOSTENLOSES  
ESSEN IN  
SCHULEN & KITAS**

**KOSTENLOSE  
LEHR- UND LERN-  
MITTEL**

**INTEGRATIVE  
SPORTGRUPPEN**

**MEHR  
SPIELPLÄTZE**

**WAS TUN GEGEN KINDERARMUT?**

## WER HAT'S GEMACHT?

**Schreibfraktion:** Edith Bartelmus-Scholich,  
Stephan Hagemes, Sozialbündnis Krefeld,  
Basri Cakir und Julia Suermond

**Layout und Grafik:** herrje

**Redaktion:** Julia Suermond

**Impressum:** DIE LINKE. Ratsfraktion Krefeld  
Von der Leyenplatz 1,  
47798 Krefeld,  
Tel. 02151-862012

DIE LINKE. Krefeld, Kreisverband,  
Alte Linnerstr. 85, 47799 Krefeld,  
Tel. 02151-4461625

**dielinke-krefeld.de**  
**dielinke-fraktion-krefeld.de**

Artikel des Kreisverbandes DIE LINKE. **KV**

Artikel der Ratsfraktion DIE LINKE. **RF**

Gastartikel **G**

**DIE LINKE.**